
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 18/3 (1991)

DOI: 10.11588/fr.1991.3.57041

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

er den Antagonismus der Supermächte aber als unverändert »unvermeidlich« und unterstellt er auch der neuen sowjetischen Führung die Verdrängung der USA aus Europa als vorrangiges Ziel.

Die Deutschen sieht er unablässig auf dem Weg zur nationalen Einheit, zumindest seit den Tagen der sozialliberalen Ostpolitik, mit der für ihn die nationalen Interessen der Deutschen wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt worden sind. Daß die Ostpolitik auch eine friedenspolitische Motivation hatte, entgeht ihm; und den deutschen Widerstand gegen atomare Mittel- und Kurzstreckenraketen diskutiert er nur unter dem Aspekt der Gefährdung der Strategie der »flexible response«, die sich daraus ergibt. Für das Gebot der Stunde hält er eine Steigerung der Verteidigungsanstrengungen und größere sicherheitspolitische Verantwortlichkeit der Europäer; über die Struktur eines europäischen Sicherheitssystems schweigt er sich jedoch aus.

Die Ausführungen des Außenministers de Gaulles illustrieren damit Leistungen und Grenzen eines »realistischen« Politikverständnisses. Als Leitfaden für die gegenwärtige Situation mögen sie nicht sehr hilfreich sein. Sie bleiben aber aufschlußreich für das Verständnis einer Denkschule, die für die französische Außenpolitik von Bedeutung war und in Teilen immer noch ist.

En passant: Daß ein renommierter französischer Verlag nicht imstande ist, Verballhornungen wie »la Sozialmarkt Wirtschaft« und »Erik Honecker« zu eliminieren, verwundert zwar nicht, ist aber gleichwohl ärgerlich.

Wilfried LOTH, Essen

Pierre MENDÈS FRANCE, *Préparer l'avenir 1963–1973*, Paris (Gallimard) 1989, 874 S. (Œuvres complètes, V).

Dieser neue Band der Werke von Pierre Mendès France dokumentiert seinen kompromißlosen, wenngleich erfolglosen Kampf gegen die präsidentialistische Verfassungsordnung und vor allem -praxis der V. Republik, seine Bemühungen um ein programmatisches Aggiornamento der Linken und seine letzten politischen Aktivitäten. Die Dokumente bestehen, wie schon beim Band IV¹, aus unveröffentlichten Briefen, aus Reden, Vorträgen, Presseartikeln und Interviews. Hier wiederabgedruckt sind auch drei frühere Buchpublikationen: *Pour préparer l'avenir*, eine vor den Parlamentswahlen von 1968 erschienene Sammlung von Reden und Erklärungen; *Dialogues avec l'Asie d'aujourd'hui*, 1972 nach einer längeren Asienreise erschienen (in Auszügen) und vor allem das wirtschaftswissenschaftliche und -politische Buch aus dem Jahre 1973: *Science économique et lucidité politique*, das den gesamten vierten Teil ausmacht. Den meisten Texten ist eine knappe, gelegentlich längere erläuternde Notiz beigegeben, die für den nicht im Detail kundigen Leser den politisch-historischen Kontext herstellt und die Briefadressaten u. ä. vorstellt. Der Anhang enthält einige Dokumente im Zusammenhang mit den verschiedenen Wahlkämpfen, insbesondere Auszüge aus der großen Fernsehdebatte zwischen PMF und Michel Debré im Präsidentenwahlkampf 1965.

Die Dokumente sind in streng chronologischer Anordnung abgedruckt. Man kann sich allerdings fragen, ob nicht eine gewisse Systematik der Übersichtlichkeit und Benutzbarkeit des Bandes zugute gekommen wäre, zumal leider ein Sachregister fehlt. Es hätte sich z. B. angeboten, die Texte nach Innen- und Außenpolitik zu gruppieren und jene von historischem Interesse (z. B. Stellungnahmen zu und Korrekturen von Zeitungsartikeln über die französische Indochinapolitik, die EVG, die Anfänge der atomaren Bewaffnung in Frankreich, die Wirtschaftspolitik der Volksfrontregierung 1936/7) in einem eigenen Teil zusammenzufassen.

¹ Vgl. *FRANCIA* 16/3 S. 301–302.

Der erste Teil umfaßt die Jahre 1963 bis 1965. Nach seiner Wahlniederlage im November 1962, der verstärkt präsidentialistischen Entwicklung des Regimes und angesichts der ideologischen Stagnation, der Zerrissenheit und namentlich einer zunehmend positiveren Einstellung der Linken zu den Institutionen der V. Republik sind bei Mendès France Züge der Enttäuschung, der Resignation bemerkbar. Er enthält sich jeder öffentlichen Intervention in der französischen Innenpolitik. Aus den Briefen spricht seine scharfe Kritik an der seiner Meinung nach unpolitisch-personalistischen Kandidatur Defferres 1965; der Bruch mit der von ihm mitbegründeten Wochenzeitung *L'Express* wird ebenso deutlich wie seine Distanzierung vom *Club Jean Moulin*, der das Präsidialregime zunehmend akzeptiert. In einem langen Interview in der neuen, von ihm mitinitiierten Wochenzeitung *Le Nouvel Observateur* vom Oktober/November 1965 bricht er sein Schweigen und unterstützt die Präsidentschaftskandidatur François Mitterrands (freiwillig? hat »man« ihn darum gebeten?). Dessen überraschend gutes Abschneiden im Dezember 1965 leitet eine neue, hoffnungsvollere Phase der Linken und auch des politischen Engagements von PMF ein.

Dieser Zeitspanne (1966–1969) ist der zweite, umfangreichste Teil gewidmet. Er behandelt eine besonders ereignisreiche Zeit (Maikrise, mehrere Wahlen, Rücktritt de Gaulles), in der auch Mendès France noch einmal eine starke politische Aktivität entfaltet: Kandidatur bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Grenoble 1967 und 1968, Premierministerkandidat Defferres bei der Präsidentschaftswahl 1969. Im Mittelpunkt stehen die Bemühungen von PMF, die Linke programmatisch, namentlich in wirtschaftspolitischer Hinsicht, zu modernisieren. (Daher die Überschrift dieses Teils: *La gauche moderne*.) In ihrer »Symbolstadt« Grenoble traf sich die »moderne« Linke (PSU, Clubs, einige Gewerkschaften etc.) am 30. 4./1. 5. 1966 mit ihrer »Vaterfigur« PMF und diskutierte, kritisch gegen die traditionellen Linksparteien gerichtet, über wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische Probleme und Reformvorschläge. Die Tatsache, daß François Mitterrand nicht eingeladen war, deutet die schwierigen, spannungsreichen Beziehungen zwischen PMF und Mitterrand an – Mendès France nennt ihn einmal »un garçon secret et parfois même mystérieux« –, die sich in den Briefen widerspiegeln. Enttäuschend fällt die dürftige Dokumentation zur Maikrise aus, auch wenn es sicher zutrifft, daß nur ein Teil der vielfältigen Aktivitäten von PMF einen schriftlichen Niederschlag gefunden hat. Im folgenden Wahlkampf wird sein umstrittenes Auftreten an der Seite jugendlicher Linksradikaler im Stade Charléty am 27. Mai von seinem prominenten gaullistischen Gegner, Jean-Marcel Jeanneney, in demagogischer Weise ausgeschlachtet und PMF verliert wieder – hauchdünn – sein erst 1967 gewonnenes Parlamentsmandat. Er verläßt die kleine PSU, die immer stärker in linksradikales Fahrwasser gerät (und in der damals der junge Michel Rocard eine führende Rolle spielt), und bestreitet 1969 als für den Fall eines Wahlsieges vorgesehener Premier an der Seite des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Defferre seinen letzten Wahlkampf. Nach der verheerenden Niederlage (5 % der Stimmen!) zieht sich PMF aus dem politischen Leben zurück.

Zumindest erwähnt werden sollen die außenpolitischen Texte, die dieser Teil enthält, u. a. eine deutliche Kritik am amerikanischen Engagement in Vietnam und eine ebenso deutliche proisraelische Stellungnahme im Sechstagekrieg, womit PMF innerhalb der Linken auf heftigen Widerspruch stößt.

Der dritte Teil (1970–1973) bildet schon eine Art Epilog der politischen Karriere von PMF. Aus gesundheitlichen Gründen verzichtet er 1973 auf eine erneute Kandidatur in Grenoble. An der Ausarbeitung des gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken, am 27. Juni 1972 unterzeichnet, ist er nicht beteiligt. Er begrüßt zwar das Vorhaben, kritisiert aber das Ergebnis auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet, auch wenn er sich in seinen öffentlichen Äußerungen sehr zurückhält.

Ohne die Stellungnahmen PMFs zu verschiedenen Problemen der internationalen Poli-

tik, der Wirtschafts- und Währungspolitik oder seine für den Historiker besonders interessanten Korrekturen zu einzelnen Fragen aus seiner eigenen Regierungszeit geringzuschätzen, ist der Band zu den Entwicklungen innerhalb der französischen Linken doch am aufschlußreichsten. Wer die Geschichte der Linken in der Opposition zur V. Republik, namentlich in den 60er Jahren schreiben will, kann an dieser Publikation nicht vorbeigehen.

Adolf KIMMEL, Würzburg

Stanley HOFFMANN, George ROSS, avec la collaboration de Sylvia MALZACHER, *L'expérience Mitterrand. Continuité et changement dans la France contemporaine*, Paris (Presses Universitaires de France) 1988, 445 S. (Collection Recherches politiques).

Im Dezember 1985 trafen sich führende französische Politologen und amerikanische Frankreichforscher am Center of European Studies der Harvard-Universität, um eine erste Bilanz der sozialistischen Regierungstätigkeit nach dem Wahlsieg von 1981 vorzunehmen. Der Band, von dem auch eine amerikanische Fassung vorliegt (*The Mitterrand Experiment. Continuity and Change in Modern France*, Cambridge 1987), enthält die 20 Beiträge, die auf diesem Kolloquium diskutiert wurden. Teilweise wurden sie nach dem damals schon absehbaren Sieg der Rechtsparteien bei den Parlamentswahlen vom 16. März 1986 noch einmal überarbeitet; ein Teil ist aber auch in der Form veröffentlicht, wie sie schon den Konferenzteilnehmern vorlag.

Das ist nicht das einzige Ungleichgewicht des Bandes. Wie bei Projekten dieser Art üblich, sind Anlage und Qualität der Beiträge durchaus unterschiedlich ausgefallen. Solide Chroniken, die dem aufmerksamen Zeitgenossen freilich nichts Neues bieten, stehen neben mehr oder weniger tiefeschürfenden Problemanalysen. Die Einleitung von George ROSS entwickelt keine besondere Fragestellung; die Beiträge weisen eine Reihe von Überschneidungen und Wiederholungen auf; und Stanley HOFFMANNs kurze Schlußbilanz der Ära Mitterrand I greift keineswegs die Erträge des Bandes systematisch auf.

Interessant ist etwa die Erörterung von Steven C. LEWIS und Serenella SFORZA, daß und warum der Ausbau der Sozialistischen Partei (PS) zum Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft auf halbem Wege steckengeblieben ist: In einer ersten Phase hat die Organisation innerparteilicher Tendenzen (*courants*) sowohl den inhaltlichen Dialog befördert als auch das Ausgreifen auf ganz unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen ermöglicht; aber dann bremsen die Rivalitäten zwischen den *Courants* und eine gewisse Munizipalisierung des Parteilebens nach den Erfolgen bei den Kommunalwahlen von 1977 den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen wieder ab. Der Wahlsieg von 1981 »traf« die Partei folglich unvorbereitet; statt einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Reformen zu organisieren, zog sie sich in die Isolation jakobinischen Eifertums zurück.

Zu diesem Befund paßt auch das Ergebnis der ausgezeichneten Untersuchung der Effekte der Dezentralisierungsgesetze, die Yves MÉNY vorlegt: Sie haben nicht etwa zu einer Stärkung des föderativen Prinzips geführt, sondern zu einer Vervielfältigung des Modells der »autoritären Exekutive«, das bislang für die Zentrale charakteristisch war. Die Kompetenzen der Bürgermeister sind ausgeweitet worden; dazu haben Départements und Regionen gleichartig gewählte Exekutanten erhalten, und der Zugang von Angehörigen der Zentralverwaltung zu den neuen regionalen Administrationen ist erleichtert worden. So entsteht eine neue Klasse von gewählten Administratoren, die sich eher wechselseitig reproduzieren als gesellschaftliche Gruppierungen zu repräsentieren.

Eine vergleichsweise dichte Analyse der Nationalisierungen sucht man in dem Band vergebens. Peter A. HALL weist in seinem Bericht über die sozialistische Wirtschaftspolitik nur darauf hin, daß es den Managern der nationalisierten Gruppen bis auf eine Ausnahme bis Ende 1985 gelang, aus den roten Zahlen zu kommen. Ganz enttäuschend ist Georges LAVAUS